

## Droits humains et Covid

La CCDH (Commission consultative des droits de l'homme) vient de publier un rapport sur les conséquences de la crise sanitaire sur les droits humains. Au fil des 13 avis qu'elle a eu l'occasion de rédiger, elle n'a eu de cesse de mettre en garde le gouvernement contre l'impact des mesures prises dans le cadre de la crise sur ces droits élémentaires. **«Étant donné que la crise liée à la pandémie Covid-19 n'est pas encore terminée, faire un bilan ou réaliser une analyse complète de ses effets sur les droits humains s'avère à ce stade difficile et prématurée»**, reconnaît le président Gilbert Pregno.

Cependant certaines conséquences «importantes» peuvent

déjà être observées et la CCDH adresse une série de recommandations au gouvernement. En premier lieu, il faut garantir aux journalistes l'accès à l'information en toutes circonstances, relève la CCDH. Il en va de même pour le droit à la culture, «un droit humain qui aurait pu être un vecteur important pour aider les personnes souffrant des restrictions à accéder à un enrichissement», selon le rapport. La CCDH exhorte le gouvernement à veiller à ce que ce droit ne fasse pas l'objet de restrictions disproportionnées à l'avenir.

Autre effet : à cause de restrictions d'entrée sur le territoire luxembourgeois, les familles, dont un membre est ressortissant de pays tiers qui réside en dehors

de l'UE, sont parfois confrontées à des obstacles insurmontables pour faire valoir leurs droits. La CCDH exhorte le gouvernement à adopter une attitude ouverte et flexible pour garantir le droit au respect de la vie privée et familiale des résidents et de leurs familles vivant à l'étranger.

La CCDH incite encore le gouvernement à œuvrer pour le bien-être des jeunes et leur santé mentale sur le long terme, notamment en veillant à une prise en charge psychologique et psychiatrique adéquate.

Enfin, la CCDH rappelle que le droit à la santé est un droit fondamental de tout un chacun et elle exhorte le gouvernement à introduire dans les meilleurs délais une couverture sanitaire universelle.

# Sorge um die Schwächsten im Land

Beratende Menschenrechtskommission appelliert an die Regierung,  
die Rechte vulnerabler Menschen stärker zu berücksichtigen

Seit Beginn der Covid-19-Pandemie hat die beratende Menschenrechtskommission (CCDH) 13 Gutachten erstellt mit zahlreichen Empfehlungen an die Regierenden. „Nur drei Empfehlungen wurden übernommen“, sagte der Vorsitzende Gilbert Pregno gestern bei einer digitalen Pressekonferenz.

Mit scharfer Kritik hält Pregno sich generell zurück. Er bevorzugt Appelle und so appellierte er gestern an die Regierung und das Parlament, auf NGOs und andere beratende Gremien zu hören. „Sie leisten einen Beitrag dazu, dass die Menschenrechte respektiert werden. Es ist also wichtig, auf sie zu hören und ihren Empfehlungen Rechnung zu tragen.“ Das gilt auch für den Staatsrat. „Es reicht nicht, nur dafür zu sorgen, formale Einwände aus dem Weg zu räumen. In den Gutachten des Staatsrats sind noch viele andere wichtige Informationen enthalten.“

Enttäuscht ist der Vorsitzende der CCDH auch, weil die Regierung ihr bis dato den Auftrag nicht erteilt hat, die Situation in den Pflegeheimen und Behindertenstrukturen auf die Menschenrechtslage hin zu prüfen und die dafür nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Pregno bedauerte dies, zumal die Initiative von der Regierung ausgegangen war und der Brief, den die Regierung in dieser Angelegenheit an die CCDH geschickt hatte, wichtige Punkte enthalte, auf denen die Studie aufbauen könnte, so Pregno.

Er bezog – als Privatperson – Stellung zum Impfskandal in den „Hôpitaux Robert Schuman“. „Ich hätte mich nicht impfen lassen. Jetzt haben andere Menschen Priorität.“ Es werde immer Menschen geben, die mit der Priorisierung nicht einverstanden sind und sich selbst als prioritär betrachten. „Das geht aber nicht. Wir müssen ler-

nen, zu warten.“

Eine ideale Impfstrategie gebe es nicht. Max Mousel meinte aber, dass die Modalitäten und Kriterien der Impfstrategie – zum Beispiel wer welchen Impfstoff erhält – präziser formuliert werden sollten, „um Missbräuche oder Diskriminierungen zu verhindern“.

Die CCDH stellte gestern ihren jüngsten Bericht vor. Er beleuchtet die Bevölkerungsgruppen, die am meisten von der Pandemie impactiert sind: Alleinerziehende, Frauen, ältere Menschen, Kinder und Jugendliche, Behinderte, Obdachlose, Flüchtlinge sowie Menschen, die sich illegal im Land aufhalten. Am größten sei der Impact der Pandemie auf diejenigen, die ohnehin vulnerabel sind, so die CCDH. Mit ihrem Bericht wollen die Menschenrechtler noch einmal auf die Risiken, denen diese Gruppen in der Pandemie ausgesetzt sind, hinweisen und die Re-

gierung auffordern, diese Personengruppen in ihrem Handeln mehr zu berücksichtigen.

## Plan gegen Wohnungsnot

Die CCDH wiederholte gestern, was sie und viele andere Organisationen bereits unzählige Male formuliert haben: Die Ungleichheiten, die es auch vor der Pandemie gab, werden zunehmen. Umso wichtiger sei es, Menschen, die darunter leiden, gezielt zu helfen. Das betrifft zum Beispiel Menschen, die sich keine Wohnung leisten können. Ein strukturelles Problem, das sich nach Ansicht der CCDH verschlimmern wird. Anamarija Tunjic forderte die Regierung auf, einen Plan zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auszuarbeiten „und in der Zwischenzeit Lösungen auf den Weg zu bringen für Menschen, denen es besonders schlecht geht.“ mig

# Ein Kompass in Krisenzeiten

**COVID-19** Luxemburger CCDH beschäftigt sich mit den Folgen der Krise für Menschenrechte

Eric Hamus

Noch ist die Pandemie nicht ausgestanden und sind die Folgen nicht alle absehbar. Dennoch versucht sich die luxemburgische Menschenrechtskommission an einer ersten Bestandsaufnahme der Folgen dieser sanitären Krise. Ihr Fazit: Während manche Menschen gut mit den Maßnahmen zurechtkommen, werden vor allem bereits bestehende Probleme weiter verstärkt.

„Es sind die Schwächsten, die am stärksten unter den Folgen der sanitären Krise leiden.“ Von Anfang an sei man aufseiten der Luxemburger Menschenrechtskommission CCDH („Commission consultative des droits de l'Homme“) von dieser Hypothese ausgegangen, so Gilbert Pregno. Und man habe recht behalten. „Wobei die Folgen aber weitaus schlimmer und konsequenter waren als ursprünglich erwartet“, fährt der Präsident der CCDH fort.

Die Krise ist noch nicht überstanden, die Folgen der Pandemie sind noch längst nicht alle absehbar. Eine umfassende Analyse der Auswirkungen auf die Menschenrechte wäre verfrüht und entsprechend unvollständig. Dennoch lassen sich auch zum jetzigen Zeitpunkt bereits wichtige Schlussfolgerungen festhalten, wie die Menschenrechtskommission in ihrem jüngsten Bericht zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Menschenrechte festhält.

Mit dem Start der Impfkampagne macht sich innerhalb der Bevölkerung nach einem langen, meist trüben Jahr voller Entbehrungen nun langsam etwas Optimismus breit. „Jeder findet Trost in der Hoffnung, dass das Impfmittel das Virus auf Dauer ausrottet“, betont CCDH-Präsident Gilbert Pregno. Die Folgen der Pandemie aber werden die Menschheit noch lange beschäftigen, und das auf mehreren Ebenen. „Et il faudra composer

avec la découverte de notre propre fragilité, celle de l'humanité toute entière“, so der Psychologe.

Seit einem Jahr stellt die Pandemie mit ihren Folgen, Auswirkungen und Einschränkungen die Menschenrechte auf die Probe. Ein richtiges Zurück gibt es nicht mehr, wie auch Pregno feststellt. Vielmehr sei es nun an der Zeit, sich als Gesellschaft neu zu (er)finden. Genau dort will auch der jüngste Bericht der Menschenrechtskommission ansetzen, der absolut keinen Anspruch auf Ausführlichkeit erhebt, sondern vielmehr die Komplexität der Folgen in den Mittelpunkt rückt und einen Blick in die Zukunft wagt.

Zu Beginn der sanitären Krise sei man noch der Meinung gewesen, das Virus schnell in den Griff zu bekommen. „Doch je länger die Pandemie, umso komplexer ihre Folgen“, schlussfolgert Jurist Max Mousel von der CCDH. So haben Maßnahmen nicht immer die gleichen Auswirkungen. Während eine Ausgangssperre etwa manchen Menschen nichts anhaben kann, stellt sie andere Mitglieder am Rande der Gesellschaft vor fast unüberbrückbare Probleme: „Was sollen Obdachlose tun, wenn sie eigentlich um 23 Uhr von der Straße sollen?“, so Mousel.

## Ein Recht auf Informationen

Fragen wie diesen will der jüngste Bericht der Menschenrechtskommission Rechnung tragen. „Wir müssen uns an Spuren orientieren, die Covid-19 hinterlassen hat, und jene Menschen auffangen, die am meisten unter der Pandemie leiden“, betont Pregno. „Auch wenn jeder irgendwie von der Pandemie betroffen ist, können sich Art und Tragweite der Auswirkungen je nach persönlicher Lage auf ganz unterschiedliche Weisen äußern. Auch auf den ersten Blick neutrale Maßnahmen können bereits vorhandene Ungleichheiten fördern

oder gar verstärken“, heißt es in dem Dokument mit dem passenden Titel „La crise sanitaire et ses conséquences: Quels impacts sur les droits humains?“

Zehn Themengebiete umfassen die Überlegungen der CCDH, darunter zum Beispiel das Recht der Bevölkerung auf Informationen. Mehrmals schon wurde die diesbezügliche Politik der Regierung von Medienvertretern und Interessengruppierungen kritisiert. Dabei sei es die Presse, die die Öffentlichkeit mit Informationen füttert, den öffentlichen Diskurs fördert und es den Bürgern erlaubt, Politiker zur Rechenschaft zu ziehen, so die Menschenrechtskommission. Deshalb fordert die CCDH ein gesetzlich verankertes Recht auf Informationen, was der Presse bislang aber verwehrt wurde.

Um den Nachwuchs macht sich die Menschenrechtskommission auch Sorgen. Jedes Kind habe das Recht auf eine ordentliche Ausbildung. Während viele Schüler gut mit dem Distanzunterricht zurecht kommen, wird die Chancen- und Ungerechtigkeit bei manch anderen Kindern und Jugendlichen deutlich verstärkt. Bereits in normalen Zeiten steht die Leistungsschere in Luxemburg weit offen. Durch die Pandemie wird diese noch weiter auseinandergetrieben. So hat nicht jedes Kind Zugang zu schnellem Internet oder ordentlichem IT-Material. Auch müssen sich manche Schüler den Raum zu Hause mit den Geschwistern oder Eltern teilen, worunter wiederum Leistung und Konzentration leiden.

Die Regierung muss Kindern und Jugendlichen auch künftig die nötigen Instrumente an die Hand geben, damit sie in der Schule nicht ins Hintertreffen geraten, den Anschluss an Gleichaltrige nicht verlieren und nicht in die soziale Isolierung abrutschen. Gleichzeitig sei es wichtig, bei etwaigen Entscheidungen sämtliche Akteure mit einzubeziehen: Leh-

rer, Erzieher, Pädagogen, Schüler und Eltern.

Auch sollte die Regierung den Sorgen vieler Kinder und Jugendlicher Rechnung tragen. Sie machen sich Gedanken um die eigene Gesundheit, das Wohl der Familie und die berufliche Zukunft. „La CCDH incite le gouvernement à garantir l'accès à des services de prévention et d'aide pour promouvoir le bien-être des jeunes et leur santé mentale sur le long terme, notamment en veillant à une prise en charge psychologique et psychiatrique adéquate“, stellt der Bericht in dieser Hinsicht fest.

## Die Schwächsten leiden am stärksten

Indessen befürchtet die Luxemburger Menschenrechtskommission, dass die aktuellen Statistiken in puncto häusliche Gewalt nicht die Realität wiedergeben. Auf den ersten Blick nämlich scheinen die Übergriffe auf Partner oder Kinder trotz aller Befürchtungen nicht weiter zugenommen zu haben. „Verschiedene Dienste haben aber andere Erfahrungen gemacht, wobei der Zugang zu den Opfern viel schwerer geworden ist“, so die Feststellung. Die CCDH begrüßt die bereits bestehenden Initiativen, plädiert aber für langfristige Angebote und ausreichend Mittel für bereits bestehende Dienste. Auch sei es wichtig, Mitglieder der LGBTQ+-Gemeinde bei diesen Überlegungen mit einzubeziehen.

Tatsächlich sind es die

Schwächsten, deren Probleme von der Pandemie deutlicher zum Vorschein gebracht werden, respektive stark unter den Auswirkungen bestimmter Maßnahmen zu leiden haben. So befasst sich die CCDH u.a. auch mit der ungewöhnlichen Lage vieler Heimbewohner. „La CCDH regrette l'absence de règles claires et transparentes pour les institutions pour personnes âgées ou en situation de handicap. Ceci a conduit à ce que chaque institution a pris les mesures qu'elle estimait nécessaires et le personnel encadrant a été confronté à des décisions et obstacles difficiles, aggravés par un manque de personnel et un accès insuffisant aux formations. Par conséquent, un certain nombre de personnes concernées ont souffert sous des mesures jugées comme abusives“, so das Fazit.

In ihrem Bericht erinnert die Menschenrechtskommission unter anderem noch an das Recht jedes Bürgers auf eine ordentliche Wohnung („Le droit de disposer d'un logement convenable fait partie intégrante du droit à un niveau de vie suffisant“), die Lage von Obdachlosen („le droit à la santé est un droit fondamental de tout un chacun“) und die Sorgen von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Auch dürfe die Kultur während der sanitären Krise nicht zu kurz kommen. „Le rôle de la culture a été sous-estimé et réduit, alors qu'il s'agit d'un droit humain qui aurait pu être un vecteur important pour aider les personnes souffrant des restrictions à accéder à un enrichissement“, schlussfolgert die CCDH.

## Ein gutes Leitsystem

Die Einschränkungen an sich seien a priori nicht zu verurteilen, meint Max Mousel. „Einschränkungen müssen in einer Krise erlaubt sein. Auch Menschenrechte kann und muss man einschränken können, insofern diese Maßnahmen angemessen und proportional bleiben“, so der Jurist. Gefährlich werde es, wenn Routine einsetzt und Maßnahmen nur hingenommen werden, weil die Situation es erfordert, diese aber zu einem späteren Zeitpunkt nicht nachgebessert werden. „Wegen der gebotenen Eile neigen wir nämlich zu einer gewissen Akzeptanz von einschränkenden Maßnahmen, die nicht immer mit den Menschenrechten übereinstimmen“, gibt Mousel zu bedenken.

Dabei seien die Menschenrechte ein wichtiger Kompass für Krisensituationen. Die Gesellschaft könne bei einer systematischen Berücksichtigung dieser Rechte nur gestärkt aus der Pandemie hervorgehen, so der Jurist weiter. „Une politique fondée sur le respect des droits humains sera non seulement bénéfique pour chacun, mais à court, moyen et long terme, elle profitera à la société toute entière“, hält die CCDH in ihrem Bericht fest. „Um weitere Ungleichheiten zu verhindern, sollten die Menschenrechte den Entscheidungsträgern als eine Art Leitsystem dienen“, so die CCDH abschließend.



Foto: Editpress/Julien Garroy

## Gilbert Pregno reprochéiert der Regierung Berodungsresistenz

Vum Fanny Kinsch (Radio)|Update: 25.02.2021 18:25



© Archiv

Et geet net nëmmen drëm ze kucken, datt keng Opposition formelle kënn, Chamber a Regierung sollen d'Avise vum Staatsrot a vun aneren Organer seriö huelen.

Wéi een Impakt huet déi sanitär Kris op d'Mënscherechter zu Lëtzebuerg - där Fro geet déi consultativ Mënscherechtskommissioun CCDH an engem neie Rapport no. Thematiséiert ginn ënnert anerem d'Situatioun vu Leit a besonnesch prekäre Situatiounen, wéi elengerzéiend Familljen, Flüchtlingen oder Mënschen, déi an Alters- a Fleegeheemer liewen. An do stelle si nach eng Rei Problemer fest.

Rapport Mënschrechtskommissioun / Rep. Fanny Kinsch

D'Mënscherechtskommissioun fuerdert d'Regierung op, bei hire Covid-Mesurë méi dorop anzegoen, datt se net jiddereen d'selwecht treffen. Den Aarmutsrisiko vun elengerzéiende Famillje wier zum Beispill nach weider eropgaangen, dobäi wieren hei dacks Frae betraff, déi och nach majoritär a Secteure schaffe géifen, an deene se besonnesch exposéiert wieren, wéi de Botz-, Fleege- oder Alimentatiounsberäich. D'CCDH mécht sech iwverdeems Suergen, wéinst der haislecher Gewalt, seet de Jurist Max Mousel.

*"Quitt, datt déi offiziell Chifferen hei zu Lëtzebuerg bis elo keng gréisser Verschlämmerung undeiten, hu mir do ganz grouss Bedenken a warnen, datt déi Chifferen net onbedéngt der Realitéit entsprechen. Firwat, well verschidden Zerwisser um Terrain schonn ënnerstrach hunn, datt si méi Ufroer fir Hëllef erakréien an datt et natierlech momentan, virun allem am Kader vun engem Confinement, méi schwéier gëtt, fir un d'Affer erun ze kommen."*

Hei bréicht et zum Beispill eng Telefonslinn fir Affer vun all Zorte vu Gewalt, déi ronderëm d'Auer erreechbar wier.

E weidert Thema vum Rapport: d'Situatioun vu Persounen, déi a Strukture liewen.



D'Mënscherechtskommissioun bedauert, datt d'Regierung hei keng kloer Mesuren, ma just Recommandatioune ginn huet. Dat wier net ëmmer gutt gaangen.

*"Do waren zum Beispill Leit an Zëmmeren agespaart ginn, Besuchsverbueter, allgemeng gouf et e Gefill, eleng gelooss ze sinn an e Gefill vun der Angscht, mee och op där anerer Säit d'Hëlleflosegkeet an d'Verzweiwung vun der Famill a Frënn, mee awer och vum Personal. De Fokus ass also plazeweis éischer op d'physesch Gesondheet gesat ginn, während déi mental a sozial Komponent dës Éfteren éischer zweetrangege war. D'Personal, dat um Terrain geschafft huet, huet sech och dës Éfteren ëffentlech zu Wuert gemellt an erklärt, datt si duerch déi Situatioun eben heiansdo gezwonge waren, géint hir Prinzippien a Valeuren ze agéieren. Dofir recommandéieren mir hei der Regierung, hir Approche nach eemol z'iwwerdenken a kloer a koherent Mesuren ze huelen, déi och op Mënscherechter baséiert sinn. Hei ass et dann och immens wichteg, datt d'Regierung déi Etüd iwwert déi konkret Impakter fir déi betrafte Leit, mat där si d'CCDH beoptrage wollt a wou mir bis haut nach op e Retour iwwert déi néideg Ressourcë waarden, datt déi Etüd sou séier wéi méiglech duerchgefouert gëtt."*

Ouni déi néideg Ressource kéint een natierlech kee Rapport maachen. D'CCDH huet sech och mat der Situatioun vun de Flüchtlinge beschäftegt. Nach ëmmer wieren d'Informatiounen iwwert d'Pandemie fir si sproochlech an och kulturell schwéier ze verstoen, a verschiddene Strukture wier et keen Accès op den Internet ginn, wouduerch den Homeschooling och net konnt klappen, de Leit hir Beweegungsfräiheet wier ageschränkt ginn an et wier versicht ginn, Leit aus de Foyeren eraus ze puchen. E weidere Problem, deen nach ëmmer net geléist wier, wier datt Demandeure vun enger internationaler Protektioun hir Demande net kënnen erareeche, seet d'Anamarija Tunjic, Juristin bei der CCDH.

*"Wourënner och Famillje mat klenge Kanner waren, deenen hir Asyldemande vun der Direction de l'immigration net enregistréiert ginn ass. Dat ass e Problem, deen et schonn eng länger Zäit gëtt, deen am Kader vun der Pandemie awer nach vill méi dramatesch ass. Wann een eng Demande net enregistréiere kann, da kritt ee kee Papier rose, dat heescht et kann een och net zréck an de Foyer d'accueil goen an et fënnt ee sech op der Strooss erëm."*

Allgemeng recommandéiert d'Mënscherechtskommissioun der Regierung, d'Avise vun deene verschiddenen Organer seriö ze huelen, an net nëmmen op d'opposition formelle vum Staatsrot ze reagéieren.

Source: <https://www.rtl.lu/news/national/a/1678514.html>

## **Pandemie und Menschenrechte: CCDH stellt Forderungen an die Regierung**

Die CCDH möchte, dass die Regierung sich in ihrem Tun mehr um Menschen kümmert, die ganz besonders unter der Pandemie leiden - Obdachlose zum Beispiel.

Die beratende Menschenrechtskommission ist der Ansicht, dass die Rechte der vulnerablen Menschen in der Pandemie nicht ausreichend berücksichtigt werden. Sie hat dazu einen Bericht erstellt.

Seit Beginn der Covid-19-Pandemie hat die Commission consultative des droits de l'homme (CCDH) 13 Gutachten erstellt mit zahlreichen Empfehlungen an die Regierenden. „Nur drei Empfehlungen wurden übernommen“, sagte der **Vorsitzende Gilbert Pregno** am Donnerstag bei einer digitalen Pressekonferenz.

Mit scharfer Kritik hält Pregno sich generell zurück. Er bevorzugt Appelle und so appellierte er gestern an die Regierung und das Parlament, auf NGOs und andere beratende Gremien zu hören. „**Sie leisten einen Beitrag dazu, dass die Menschenrechte respektiert werden.** Es ist also wichtig, auf sie zu hören und ihren Empfehlungen Rechnung zu tragen.“ Das gilt auch für den Staatsrat. „Es reicht nicht, nur dafür zu sorgen, formale Einwände aus dem Weg zu räumen. In den Gutachten des Staatsrats sind noch viele andere wichtige Informationen enthalten.“

Die beratenden Gremien leisten einen Beitrag dazu, dass die Menschenrechte respektiert werden. Es ist also wichtig, auf sie zu hören und ihren Empfehlungen Rechnung zu tragen.

*Gilbert Pregno, CCDH-Vorsitzender*

Enttäuscht ist der Vorsitzende der CCDH auch, weil die Regierung ihr bis dato den Auftrag nicht erteilt hat, **die Situation in den Pflegeheimen und Behindertenstrukturen auf die Menschenrechtslage hin zu prüfen und die dafür nötigen Ressourcen zur Verfügung** zu stellen. Pregno bedauerte dies, zumal die Initiative von der Regierung ausgegangen war und der Brief, den die Regierung in dieser Angelegenheit an die CCDH geschickt hatte, wichtige Punkte enthalte, auf denen die Studie aufbauen könnte, so Pregno.

**Pregno: „Ich hätte mich nicht impfen lassen“**

**Gilbert Pregno bezog als Privatperson am Donnerstag auch Stellung zum Impfskandal in den „Hôpitaux Robert Schuman“.** „Ich hätte mich nicht impfen lassen“, sagte er. „Jetzt haben andere Menschen Priorität.“ Es werde immer Menschen geben, die mit der Priorisierung nicht einverstanden sind und sich selbst als prioritär betrachten. „Das geht aber nicht. Wir müssen lernen, zu warten.“

Eine ideale Impfstrategie gebe es nicht. **Max Mousel** meinte aber, dass die **Modalitäten und Kriterien der Impfstrategie – zum Beispiel wer welchen Impfstoff erhält – präziser formuliert** werden sollten, „um Missbräuche oder Diskriminierungen zu verhindern“.

**Die CCDH stellte am Donnerstag ihren jüngsten Bericht vor.** Er beleuchtet die **Bevölkerungsgruppen, die am meisten von der Pandemie impaktiert** sind: Alleinerziehende, Frauen, ältere Menschen, Kinder und Jugendliche, Behinderte, Obdachlose, Flüchtlinge sowie Menschen, die sich illegal im Land aufhalten. Am größten sei der Impakt der Pandemie auf diejenigen, die ohnehin vulnerabel sind, so die CCDH.



Mit ihrem Bericht wollen die Menschenrechtler noch einmal auf die Risiken, denen diese Gruppen in der Pandemie ausgesetzt sind, hinweisen und die **Regierung auffordern, diese Personengruppen in ihrem Handeln mehr zu berücksichtigen.**

### **Plan gegen Wohnungsnot**

Die CCDH wiederholte bei der Pressekonferenz, was sie und viele andere Organisationen bereits unzählige Male formuliert haben: **Die Ungleichheiten, die es auch vor der Pandemie gab, werden zunehmen.** Umso wichtiger sei es, Menschen, die darunter leiden, gezielt zu helfen.

Das betrifft zum Beispiel Menschen, die sich keine Wohnung leisten können. Ein strukturelles Problem, das sich nach Ansicht der CCDH verschlimmern wird. **Anamarija Tunjic** forderte die Regierung auf, einen Plan zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auszuarbeiten „und **in der Zwischenzeit Lösungen auf den Weg zu bringen für Menschen, denen es besonders schlecht geht.**“

Source: <https://www.wort.lu/de/politik/pandemie-und-menschenrechte-ccd-h-stellt-forderungen-an-die-regierung-60379274de135b92365043d2>

# Wéi een Impakt huet d'sanitär Kris op d'Mënscherechter zu Lëtzebuerg?

RTL | Update: 25.02.2021 18:01



Wéi een Impakt huet déi sanitär Kris op d'Mënscherechter zu Lëtzebuerg - där Fro geet déi consultativ Mënscherechtskommissioun CCDH an engem neie Rapport no. Thematiséiert ginn ënnert anerem d'Situatioun vu Leit a besonnesch prekäre Situatiounen, wéi elengerzéiend Familljen, Flüchtlingen oder Mënschen, déi an Alters- a Fleegeheemer liewen. An do stelle si nach eng Rei Problemer fest, Fanny Kinsch.

D'Mënscherechtskommissioun fuerdert d'Regierung op, bei hire Covid-Mesure méi dorop anzegoen, dass se net jiddereen d'selwecht treffen. Den Aarmutsrisiko vun elengerzéiende Famille wier zum Beispill nach weider eropgaangen, dobäi wieren hei dacks Frae betraff, déi och nach majoritär a Secteure schaffe géifen, an deenen se besonnesch exposéiert wieren, wéi de Botz-, Fleege- oder Alimentatiounsberäich. D'CCDH mécht sech iwwerdeems Suergen, wéinst der haislecher Gewalt, seet de Jurist Max Mousel.

*"Quitt, dass déi offiziell Chifferen hei zu Lëtzebuerg bis elo keng gréisser Verschlämmerung undeiten, hu mir do ganz grouss Bedenken a warnen, dass déi Chifferen net onbedéngt der Realitéit entsprechen. Firwat, well verschidden Zerwisser um Terrain schonn ënnerstrach hunn, dass si méi Ufroe fir Hëllef erakréien an dass et natierlech momentan, virun allem am Kader vun engem Confinement, méi schwéier gëtt, fir un d'Affer erun ze kommen."*

Hei bréicht et zum Beispill eng Telefonslinn fir Affer vun all Zorte vu Gewalt, déi ronderëm d'Auer errechbar wier.

E weidert Thema vum Rapport: d'Situatioun vu Persounen, déi a Strukture liewen. D'Mënscherechtskommissioun bedauert, dass d'Regierung hei keng kloer Mesuren, ma just Recommandatioune ginn huet. Dat wier net ëmmer gutt gaangen.

*"Do waren zum Beispill Leit an Zëmmeren agespaart ginn, Besuchsverbueter, allgemeng gouf et e Gefill eleng gelooss ze sinn an e Gefill vun der Angscht, mee och op där anerer Säit d'Hëlleflosegkeet an d'Verzweiwung vun der Famill a Frënn, mee awer och vum Personal. De Fokus ass also plazeweis éischer op d'physesch Gesondheet gesat ginn, während déi mental a sozial Komponent dës Efteren éischer zweetrangege war. D'Personal, dat um Terrain geschafft huet, huet sech och dës Efteren ëffentlech zu Wuert gemellt an erkläert, datt si duerch déi Situatioun eben heiansdo gezwonge ware géint hir Prinzippien a Valeuren ze agéieren. Dofir recommandéieren mir hei der Regierung, hir Approche nach ee mol z'iwwerdenken a kloer a koherent Mesuren ze huelen, déi och op Mënscherechter baséiert sinn. Hei ass et dann och immens wichteg, datt d'Regierung déi Etüd iwwert déi konkret Impakter fir déi betrafte Leit, mat där si d'CCDH beoptrage wollt a wou mir bis haut nach op e Retour iwwert déi néideg Ressource waarden, datt déi Etüd sou séier wéi méiglech duerchgefouert gëtt."*

Unni déi néideg Ressource kéint een natierlech kee Rapport maachen. D'CCDH huet sech och mat der Situatioun vun de Flüchtlinge beschäftegt. Nach ëmmer wieren d'Informatiounen iwwert d'Pandemie fir si sproochlech an och kulturell schwéier ze verstoen, a verschiddene Strukture wier et keen Accès op den Internet ginn, wouduerch den Home schooling och net konnt klappen, de Leit hir Beweegungsfräiheet wier ageschränkt ginn an et wier versicht ginn, Leit aus de Foyeren eraus ze puchen. E weidere Problem, deen nach ëmmer net geléist wier, wier datt Demandeure vun enger internationaler Protektioun hir Demande net kënnen erareeche, seet d'Anamarija Tunjic, Juristin bei der CCDH.

*"Wourënner och Famillje mat klenge Kanner waren, deenen hir Asyldeemande vun der Direction de l'immigration net enregistréiert ginn ass. Dat ass e Problem, deen et schonn eng länger Zäit gëtt, deen am Kader vun der Pandemie awer nach vill méi dramatesch ass. Wann een eng Demande net enregistréiere kann, da kritt ee kee Papier rose, dat heescht et kann een och net zrëck an de Foyer d'accueil goen an et fënnt ee sech op der Strooss erëm."*

Allgemeng recommandéiert d'Mënscherechtskommissioun der Regierung, d'Avise vun deene verschiddenen Organer seriö ze huelen, an net nëmmen op d'opposition formelle vum Staatsrot ze reagéieren.

Source: <https://www.rtl.lu/radio/thema-vum-dag/s/3453020.html>